

3. Die Idee einer Föderation der Balkanstaaten mit der ganzen Schutztruppe ihrer Dynastien, ihrer militärischen, politischen und Zollgrenzen, ein diplomatisch-reaktionärer Salat, würde an dem früheren und gegenwärtigen Zustand nichts ändern. Bewirklicht würde diese Idee eine Börse unübersehbarer diplomatischer Intrigen schaffen, oder wie das der erste Balkankrieg deutlich gezeigt hat, ein Machtmittel im Kampfe der einen Großmacht gegen die andere um den Profit sein. Ueberdies würde eine solche Föderation vom ökonomischen und sozialen Gesichtspunkte aus keine der Entwicklung der interessierten Länder nützliche Aenderung bringen.

Da erhebt sich natürlich die Frage: gibt es denn einen anderen Weg, die Balkanfrage zu lösen? Wer in seiner Beurteilung der geschichtlichen Lage nicht durch Betrachtungen, die dem Gefühl entspringen, nicht durch subjektive Vorurteile gebunden ist, wer den objektiven Entwicklungstendenzen folgt, so wie sie sind, wer sich den sozialen Gesetzen, die unserer Wahl nicht unterliegen, nicht entzieht, sondern sie im Gegenteil studiert, um sie zu beherrschen, wird erkennen, daß im konkreten Falle die Lösung dieser verwünschten Balkanfrage in der föderativen Balkanrepublik gegeben ist. Auf der Grundlage der Demokratie und der vollkommenen nationalen Autonomie im Kulturleben, befreit von den Dynastien, den politischen und Zollgrenzen, befreit vom Militarismus, geeint durch eine gemeinsame gesetzgebende Körperschaft, in welcher der Wille der Volksmassen frei zum Ausdruck kommt.

Die föderative Balkanrepublik würde den Vorteil eines großen, an Naturschätzen reichen Gebietes haben, eines großen inneren Marktes und dem einer Großmacht, die dem europäischen Kapitalismus den Weg der Ausbreitung verlegt. Auf diese Weise würde der europäische Kapitalismus fühlbar auf seinem imperialistischen Wege gehemmt und mehr oder weniger auf sich selbst zurückgebrängt sein, um die unvermeidlichen Konsequenzen seiner eigenen Entwicklung zu tragen, die auf lauter Widersprüchen aufgebaut ist, um endlich dem Verhängnis zu erliegen, das ihm vom Proletariat bereitet wird. Andererseits wird die Möglichkeit freier Entwicklung der Länder, die der Balkanföderation angehören, sie bald in den Stand setzen, die notwendigen Bedingungen zu schaffen für die große radikale Umwandlung der Gesellschaft.

Drittens muß noch eine andere bedeutungsvolle Seite der Balkanföderation aufgezeigt werden; das ist der Dienst, den sie der Erneuerung Asiens leisten würde. Diese Erneuerung, die vor einigen Duzend Jahren begann, wird beständig durch den „zivilisatorischen“ Imperialismus unterbrochen. Ist diesem die Balkanbarriere einmal in den Weg gestellt, so kann sich der Orient mit Riesenschritten entwickeln.

Der Eifersucht der Großmächte, die die Kolonien seit langem spüren, wird es nicht gelingen, zu hintertreiben, was nicht anzuhalten ist. Einst ist die ehemals spanisch-französisch-englische Kolonie (Bereinigte Staaten von Nordamerika), nachdem sie das englische Joch abgewiesen, selbst zu einer für die anderen Mächte furchtbaren Großmacht geworden. Noch schlagender ist das Beispiel Japans. Ein Land im äußersten Osten, hatte, nachdem es den Feudalismus in einer der blutigsten Revolutionen gebrochen, nachdem es mehr oder weniger für die Einfälle der europäischen Konquistadoren auf-

gepart war und unter den drohenden Perspektiven, bewußt durch seine staatliche Organisation und all seine Institutionen den Kapitalismus eingeführt und war selbst zum Teilnehmer am imperialistischen Konzert geworden.

Ob wir wollen oder nicht, setzt sich die föderative Balkanrepublik durch, aber der Charakter, den sie im Spiel der kriegerischen oder revolutionären Ereignisse annehmen wird, ist durchaus abhängig von den sozialen Klassen, die sie verwirklichen werden und von der Epoche ihres Erscheinens.

Aber ehe wir die Richtung dieser Betrachtungen weiter verfolgen, erscheint es notwendig, einen Augenblick bei der Geschichte dieser Idee zu verweilen. Die Idee der Balkanföderation ist nicht neu. Schon zu Beginn der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts versuchte der serbische Staatsmann Ja Garchanin, der Minister des Fürsten Michael Obrenowitsch, eine Föderation der Balkanvölker, um gegen das türkische Joch zu kämpfen und den Einfall der Oesterreicher und Russen zu verhindern. Aber Garchanin wurde von der Rolle beeinflusst, die Piemont bei der Schöpfung der italienischen Einheit spielte und glaubte, daß Serbien und seine Dynastie dieselbe Rolle auf dem Balkan spielen werde. Sein Zeitgenosse, der große ungarische Patriot Kossuth, suchte kühn Ungarn, Kroatien, Serbien und die Moldau zu vereinigen, indem er die Angliederung der Bosniaken, Montenegriener und Bulgaren in Betracht zog — das bedeutete eine Desensivierung gegen Oesterreich und Rußland. Zu gleicher Zeit finden wir in Westeuropa Parteigänger dieser Idee in Mazzini, Garibaldi, Louis Blanc u. a. Noch 1870 findet diese Idee, erweitert und besser entwickelt, Anhänger unter den besten Balkanrevolutionären. Die Bulgaren Rakowsky, Karaweloff, Lewsky und Boteff — die den Tod mit der Waffe in der Hand fanden bei den Aufständen gegen die Türkei, oder eingekerkert und gehängt wurden — teilten die Idee der Balkanrepublik. Der berühmte serbische Revolutionär und Sozialist Sotogor Markowitsch schrieb 1874 sein Buch „Serbien im Orient“, in dem er die ganze Balkanfrage untersuchte und zu dem Schlusse kam, daß das einzige Mittel der Befreiung und nationalen Einheit die föderative Balkanrepublik sei, die aus einer allgemeinen Balkanrevolution hervorgehen müsse.

Später, 1885, wurde die Idee der föderativen Balkanrepublik von Meisterhand wieder aufgenommen, entwickelt und propagiert, um nicht wieder von der politischen Bühne der Balkanländer zu verschwinden. Diesmal war es Dimitri Blagojeff, einer der Mitbegründer der russischen Sozialdemokratie, der aus Rußland ausgestoßen war, nachdem er die Schönheiten der zarischen Gefängnisse ausgekostet, sich in Bulgarien festgesetzt hatte, die bulgarische sozialdemokratische Partei gründete und der noch heute der verehrte und geliebte Chef nicht nur der bulgarischen Sozialisten, sondern der Sozialisten aller Balkanländer ist. Statt noch näher auf die Geschichte dieser Idee einzugehen, wollen wir uns auf den Hinweis beschränken, daß zu ihren Verfechtern auch Marx und Rautsky gehören. (Schluß folgt.)

Alle vereinigten Laster aller Zeiten und Länder werden nicht dem Unheil gleichkommen, welches ein einziger Krieg verursacht. P. Laitre.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik

2. Jahrg.

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 38

Erscheint wöchentlich einmal.
Redaktion u. Expedition:
Amundstrasse Nr. 23.

Bremen, den 22. September 1917

Einzelnummer 15 Pfg. Durch
die Post bez.: monatlich 84 Pfg.,
vierteljährlich 2.50 M. o. Bestellgeld

Inhalt:

Die Kriegsziele Amerikas	Seite 289
Die Balkanrepublik. Von St. Mineff. (Schluß)	290
Zu Schutz und Trug	291
Zur Alexander Fedorowitsch Kerenjki	293
Die Stimme der Putilowarbeiter	294

Die Kriegsziele Amerikas.

Hier wurde schon die Schrift Julian Borchardts erwähnt, in der er sich an den Präsidenten der Vereinigten Staaten Amerikas wendet mit der Bitte schleunigst Frieden zu machen. Die Gedankengänge, die ihn hierbei führten, und die so völlig der Grundanschauung des neuen Sozialismus entgegengesetzt sind, erfordern noch einige nähere Beleuchtung.

Dieser Weltkrieg ist nicht nur die furchtbarste Entfesselung der modernen massalen Vernichtungsmächte, er ist auch die unglaublichste Entfesselung von Demagogie, von Völkerbetrug und Völkermahn — diese machten erst den Krieg möglich, da sie nötig waren die Völker zum freudigen Dienst bereit zu machen. Lange glaubten wir, die unübertroffenen Muster dieser Demagogie und Heuchelei seien die englischen Minister (Lloyd George) mit ihren schönen Phrasen des Kampfes für die Freiheit, der Kultur und die Demokratie. Aber als Amerika in den Krieg eintrat, zeigte es sich, daß wir uns geirrt hatten. Denn England war jedenfalls ein Land mit großer bürgerlicher Freiheit und alter bürgerlicher Kultur. Aber Amerika, das in barbarischer Nichtachtung der Rechte und Freiheiten kämpfender Arbeiter und in ungesegelter Grausamkeiten gegen sie nur mit dem zaristischen Rußland zu vergleichen war — Amerika als Kämpfer für Freiheit und Kultur!

Mit dem erzbiederer Wilson verglichen, ist Lloyd George sicher nur ein Waisenknabe; auch in dieser geistigen Rüstung zum Weltkrieg ist Amerika allen anderen Weltmächten bedeutend über. Amerika ist selbstverständlich nur für die höchsten Menschheitsziele in den Krieg gegangen; ganz uneigennützig wollte es nur daran mit-helfen das militärisch-despotische Regiment Deutschlands zu stürzen, das nur ein Ueberrest des Mittelalters ist, und als alte Barbarei hineinragt in die moderne Kulturwelt und deren Frieden und Glück bedroht und stört. Nur dafür kämpft Amerika, so verkündete Herr Wilson wiederholt in seinen Reden, also nicht gegen das deutsche Volk; er will das deutsche Volk befreien, und wenn das deutsche

Volk sich selbst inzwischen von dem mittelalterlichen Sunkertum befreit, also Revolution macht, dann ist das Kriegsziel erreicht und wird Amerika sofort Frieden schließen. So Herr Wilson über die amerikanischen Kriegsziele.

Und dieses nimmt unser Julian ernst und gründet darauf seine Friedensaktion. Militärisch, sagt er, halten die kämpfenden Parteien sich die Wage; und auf eine Revolution in Deutschland ist gar nicht zu rechnen — also Herr Präsident, Ihre Ziele sind nicht zu verwirklichen, und weiter Krieg führen ist zwecklos. Aber welcher Politiker nimmt nun die Redensarten, womit einer der Völkerführer seinen Herden die nötige Begeisterung beibringen muß, zur Grundlage einer Aktion?

Der einzige Grund könnte sein, daß man diese vorgeschobenen Kriegsgründe ernst nimmt, weil man keine anderen wirklichen Gründe sieht. Deshalb ist es nötig, die Frage zu stellen, ob Amerika keine anderen Gründe zur Teilnahme an den Krieg hatte, als die vorgeschützten Interessen von Kultur und Freiheit. Umso mehr muß die Frage gestellt werden, da auf dem ersten Blick für Amerika gar keine Vorteile, sondern nur Nachteile aus dem Krieg entspringen konnten. Während Europa sich in den drei Kriegsjahren ruinierte, schwollen die Reichtümer Amerikas durch riesenhafte Lieferungen von Kriegsmaterialien; und durch Anleihen, die alle Ententemächte in Amerika aufnahmen wurde es zum großen Gläubiger, zur ersten Finanzmacht der Welt.

Nun hat es sich in den Krieg gestürzt, nun wird es auch seine Milliarden verausgaben und seine Munition umsonst den Verbündeten liefern — ist das vom Geschäftspunkt aus nicht Dummheit? Man muß allerdings unterscheiden zwischen Staat und Kapitalisten; die amerikanischen Kapitalisten werden auch jetzt noch — jetzt durch Lieferung an das eigene Land — dieselben Kriegsgewinne machen, und die Zinsen für die Staatsschulden wird doch das Volk zahlen. Dem Staat wird diese Politik etwas kosten, aber imperialistische Politik kostet immer viel Geld, mit Knauerigkeit läßt sich keine Welt-politik treiben. Und weltpolitische Momente waren es, die Amerika in den Krieg trieben.

Die Politik, deren Kosten von den Massen getragen werden, dient den Interessen des Großkapitals; und schon die unmittelbaren Interessen des amerikanischen Finanzkapitals, das in England, Frankreich und Rußland angelegt ist, mußten Amerika in den Krieg hineinziehen. Durch seine Anleihen ist es am Sieg der Entente interessiert. Die Dollarkönige können es nicht leiden, daß die Entente verliert oder ohne Sieg aufhören muß.

Daher mußte Amerika zu Hilfe eilen, als durch den rücksichtslosen Unterseebootkrieg England in schwere Bedrängnis geriet, und alle Kräfte wird es anstrengen um dieser Waffe der Zentralmächte ihre Gefährlichkeit zu nehmen. Hier liegt der erste unmittelbare Anlaß zum Eingreifen.

Dann kommt ein weiteres weltpolitisches Interesse hinzu. Für Amerika ist der europäische „Weltkrieg“ nur eine Balgerei kleiner Europaprovinzen, die ihm im Grunde nicht allzusehr kümmert. Die Weltinteressen Amerikas liegen anderswo, im Großen Ozean, an der völkerreichen Ostküste Asiens. Da steigen schon die Gewitterwolken neuer Weltkriege empor, und für diese gilt es für Amerika zu rüsten. Es war bisher sehr schlecht gerüstet; die Seemacht ginge zur Not, aber das Landheer war, z. B. verglichen mit Japan, von einer lächerlichen Machtlosigkeit. Die Traditionen des Landes gaben nicht die Möglichkeit, zu einer starken Militärmacht zu werden; die Ansätze zu einer Freiwilligenarmee blieben bedeutungslos, der Geist der Amerikaner war nicht auf das Militär gerichtet.

Schon lange blickten die Machthaber nach einem Anlaß aus, den kriegerischen Geist so zu stärken, daß die Bildung einer ausreichenden Armee möglich war. Der europäische Krieg bot diesen Anlaß. Das Eingreifen Amerikas hatte für die amerikanischen Imperialisten vor allem die Bedeutung einer günstigen Gelegenheit, das Militärwesen auszubauen und sich so zum künftigen Weltkrieg zu rüsten.

Die erste Tat war ja auch die Einführung des allgemeinen Militärdienstes. Das Mittel war die durch alle Mittel gesteigerte Kriegspsychose, der schöne Vorwand war der Vorwand gegen die Barbarei, für die Kultur. Deshalb darf man auch voraussagen, das Amerika es den europäischen Völkern überlassen wird, ihre besten Kräfte zu vergeuden und aufzureiben, es wird seine Kräfte schonen und sie nur entwickeln und üben, um sie für seine eigenen weiteren Weltmächtsinteressen bereit zu halten.

Die Balkanrepublik.

Von St. Mineff.

Wie wir im ersten Teil dieses Aufsatzes zeigen konnten, war die Balkanbourgeoisie wegen ihres Konservatismus nicht imstande ihre historische Pflicht zu erfüllen: die Schöpfung einer Balkanrepublik. Diese Aufgabe fällt an das Balkanproletariat, die einzige gesellschaftliche Kraft, die wirklich an der Zukunft interessiert ist. Denn die Einigung der Balkanvölker in einer ökonomischen und politischen Gemeinschaft, der Entwicklung der Produktivkräfte einen mächtigen Anstoß zu geben, das ist die Aufgabe für eine revolutionäre Kraft, welche die Bourgeoisie unmöglich aufzubringen vermag. Die Situation ist dieselbe wie in Rußland, wo die Bourgeoisie nicht wagte mit dem Zarismus Schluß zu machen und ihre historische Rolle zu erfüllen; wenn sie den Zarismus zeitweise bekämpfte, so gerade deshalb, weil seine Ausbrüche die Revolution wecken konnten: Es war das russische revolutionäre Proletariat, dem es nach einer langen Periode riesenhafter Kämpfe schließlich gelang, den Zarismus zu stürzen.

Das russische Proletariat wird auf dem Wege der Revolution nicht stehen bleiben, obwohl die objektiven Bedingungen für eine soziale Umwälzung noch nicht verwirklicht sind. Aber es wird seinen siegreichen Vorsturm immer weiter tragen und jede Eroberung wird ihm günstigere Bedingungen für die entscheidenden Kämpfe liefern. Abgesehen von einzelnen Besonderheiten besteht fast der gleiche Zustand auf dem Balkan. Wenn das russische Proletariat gegen den Zarismus kämpfte, so geschah dies nicht um der schönen Augen der Bourgeoisie willen. Es verfolgt sein revolutionäres Ziel und wenn auf dem Wege dieses Kampfes die Errichtung einer Bourgeoisenherrschaft Tatsache wird, so bleibt es dabei nicht stehen. Es verfolgt seinen Weg, jeden Vorteil auszunutzen, den ihm ein mehr oder weniger demokratisches Regiment für den Endkampf liefern kann.

Ebenso reizt der Kampf um die föderalistische Balkanrepublik den proletarischen Ansturm gegen die bürgerlichen Institutionen an, begeistert die Arbeiter für den Internationalismus und setzt im entscheidenden Augenblick, wo das Verhältnis der kämpfenden sozialen Kräfte es erlaubt, die föderative Balkanrepublik ein. Will die Bourgeoisie angesichts der Gefahr, vollständig vom europäischen Imperialismus oder von der Unzufriedenheit der Masse des Volkes vernichtet zu werden, mit den Dynastien brechen, so mag sie es tun. Nichtsdestoweniger wird das Proletariat die föderative Balkanrepublik als Machtmittel benutzen und nur als Mittel, z. B. zur Erreichung des Achtstundentages, um leichter und ohne zuviel Blutvergießen das Endziel zu erreichen.

Es fordert die demokratische Ordnung nicht um der Zusammenarbeit mit den herrschenden Klassen, sondern im Kampfe mit ihnen. So bleibt als einziger wirklicher Verteidiger der föderativen Balkanrepublik die Arbeiterklasse und die Propaganda dieser Idee dient ihr als mächtigstes Propagandamittel für den Internationalismus.

In diesem Sinne setzen die Balkansozialisten die föderative Balkanrepublik auf die Tagesordnung. Noch im Dezember 1909, am Vorabend eines kriegerischen Konflikts zwischen Oesterreich und Serbien hatte sich unter der Initiative der serbischen Sozialisten die erste Konferenz der Balkansozialisten versammelt. Dort wurde ein gemeinsames Aktionsprogramm für die föderative Balkanrepublik ausgearbeitet. Die bulgarischen Reformisten beteiligten sich nicht daran. Das war eine bezeichnende Tatsache, die uns zeigt, daß die jungen Sozialistenparteien des Balkans schon 1909 entschieden gegen die Sozialpatrioten und für den Internationalismus Stellung genommen hatten.

Während des Balkankrieges haben die Sozialisten lebhaft gegen den Krieg protestiert und gearbeitet. Als der zweite Akt begann, klagten die bulgarischen Sozialisten mit Nachdruck die bulgarische Regierung an. Das taten die serbischen Genossen gegen ihre Regierung. Und als die rumänische Armee in Bulgarien einfiel und sich acht Kilometer von Sofia befand, erhielt die bulgarische Partei eine Resolution der rumänischen Genossen, die gegen diese Invasion protestierte.

Nun haben wir den europäischen Krieg. Die serbischen Genossen, vor allem die beiden Skupschinamitglieder Dragiša Laptšewitsch und Trišča Kahlserowitsch (die anderen waren eingezogen) haben die Politik

ihrer Regierung heftig angegriffen. Zuerst erstickte man ihre Stimme in höllischem Lärm. Man klagte sie an, von Oesterreich gekauft zu sein. Ein Jahr später, als die Katastrophe über Serbien hereingebrochen war, wurde in der tragischen Sitzung der Skupschina zu Niš die Rede von Laptšewitsch für die Balkanrepublik unter größter Ruhe angehört. Mit bitteren Seufzern und Tränen in den Augen erklärte seine politischen Feinde: Unglücklicherweise ist es zu spät.

So stellt sich uns in Kürze die Balkanfrage gegenüber, ihre unvermeidliche Lösung und die sozialen Kräfte, die diese Lösung verwirklichen. Mehr als je gewinnen diese Kräfte die Sympathie anderer Volksteile, die ruiniert und gefoltert sind, und ihre Schlachtreihe wächst beständig zum Triumph der föderativen Balkanrepublik und des Sozialismus. Ihren Verleumdern, Verfolgern und Kritikern rufen wir die Worte Galileis entgegen: Und sie bewegt sich doch!

Zu Schutz und Trutz.

Am 26. Juli versammelte sich das Zentralkomitee aller Delegiertenräte, um über die „Rettung“ der Revolution vor den Bolschewiks zu beraten. Die Herren Sozialpatrioten leiden unter einem Alpdruck. In den Massen wächst die Unzufriedenheit. Der Wjborger Raron, die Titabelle des revolutionären Petrograds hat von neuem die Lösung: die Gewalt an die Hände der Arbeiterdelegiertenräte aufgestellt. Mit der Bombe gegen die Bolschewiks, der Anklage, Geld von Deutschland bekommen zu haben, wissen die Sozialpatrioten nichts zu beginnen: Die kann auch sie verwunden. Nachdem sie eine Untersuchungskommission eingesetzt haben, haben sie sie schnell aufgelöst und die Regierung mit der Klärung der Affäre betraut. Aber die Regierung beginnt auch Angst zu kriegen. Schon beginnen in der Presse halb-offizielle Notizen zu erscheinen — siehe die „Nowaja Schyn“ vom 27. Juli — das eigentlich an der Sache nichts sei. Aber sie fürchten einzugestehen, daß sie zu politischen Zwecken einen Mordversuch unternommen haben, darum wollen sie den Schein der Untersuchung aufrecht erhalten und Lenin und Zinowjew in die Hände kriegen.

Unsere Genossen haben aber keine Lust sich überhaupt, oder im besten Falle für ein paar Monate der „Untersuchung“ und der Wahlen zur Konstituante im Gefängnis begraben zu lassen. Sie weigern sich, sich den Schergen zu stellen, leben illegal, wie sie oft unter dem Zarismus gelebt haben. Und das läßt die Sozialpatrioten nicht schlafen. Sie legten also dem Zentralkomitee der Sowjets eine Resolution vor, in der sie die unter Anklage stehenden Mitglieder des Zentralkomitees, Lenin, Zinowjew, Kamjnew, Trozki aus dem Zentralkomitee — bis zur Klärung der Angelegenheit — ausschließen, indem sie die bolschewikische Fraktion auffordern, die Gestellungsweigerung ihrer Führer zu verdammen und sich zu verpflichten, sich dem Beschluß der Mehrheit zu unterwerfen.

Darauf gab ihnen nicht nur der Vertreter der Bolschewiks, Genosse Magin, sondern auch der bekannte Historiker der Internationale Genosse Kjaſſanow, der Vertreter der Trozki-Gruppe und selbst Genosse Martow,

der Vertreter der sonst immer wankenden Menschewiks-Internationalisten, folgende gehärtete Antwort: Die Rede Magins.

Man schlägt euch vor, eine Resolution gegen die Bolschewiks zu fassen, bevor ein Gericht ein Urteil über sie gefällt hat. Man schlägt euch vor, die Führer einer Fraktion außerhalb des Gesetzes zu stellen, die mit euch zusammen die Revolution vorbereitet haben, die in den ersten Reihen gekämpft haben. Wir sind eine Klassenpartei, wir verteidigen die Interessen der Arbeiter und man will uns aus den Zentralinstanzen der revolutionären Demokratie ausschließen. (Protestrufe.)

Wir sind die Ersten, die erklärt haben, daß die Revolution die ökonomische Lage der Arbeiterklasse bessern muß und deswegen hassen uns die Kapitalisten. Den Bauern sagen wir, daß das Land ihnen und gleich jetzt gehören muß und deswegen hassen uns die Junker. Lenin und Zinowjew stellen sich den Untersuchungsbehörden nicht, denn sie haben keine Garantie, daß sie im Gefängnis nicht ermordet werden. Und da sie ihnen diese Garantie nicht geben können, so haben sie kein Recht, zu verlangen, daß Lenin und Zinowjew Vertrauen zu euren Gefängniswärtern haben. Und wenn man jetzt erklärt, an allen den Schrecknissen, die an der Front stattfinden, die Bolschewiks die Schuld tragen, so erkläre ich: das ist eine Verleumdung.

Sie können ebenso gut sagen, daß die Friedensbewegung in England durch die Bolschewiks verschuldet ist. Wie Blinde seht ihr die Wirklichkeit nicht, ihr wollt nicht die Tatsachen in Betracht ziehen, die die bolschewikischen Lösungen geboren haben. Eure Vorwürfe, die Bolschewiki hätten sich den Delegiertenräten nicht unterworfen, weise ich kategorisch ab. Auch nicht einen einzigen Aufruf haben die Bolschewiki herausgegeben, der zum Ungehorsam den Delegiertenräten gegenüber aufforderte. Aber wir werden immer und überall die Klasseninteressen der Proletarier verteidigen und wir wissen, daß die Arbeiter mit uns sind. Ihr verlangt, daß wir uns vollkommen in eure Hände ausliefern. Das heißt wir dürfen nicht schreiben, nicht denken, so wie wir es für nötig halten. Die Beschlüsse der demokratischen Organe sind für uns bindend, aber nur so weit, daß sie unsere Propagandafreiheit nicht antasten. Wir verlangen Freiheit für unsere Ideen. Es ist unmöglich, daß die Mehrheit der russischen Demokratie sich aussprechen sollte für die Gewissensfreiheit für Alle, mit Ausnahme der Bolschewiki. (Rufe: Freiheit der Prookation.)

Diese Beschuldigung können sie uns nicht ins Gesicht werfen, denn mit uns sind die Arbeitermassen. Ihr habt nicht den Mut die Ereignisse des 18. und 19. Juli zu untersuchen und deswegen habt ihr auf eure Untersuchungskommission verzichtet. Ihr habt auf ein Gericht verzichtet und der prookatorischen Hege eines Schurken wie Alexinski Gehör gegeben. Kann denn die Arbeitermasse euch glauben, daß ihr unparteiisch seid? Und wenn sie das nicht glaubt, so wird sie sagen, eure Handlungen seien Gewaltakte. Und an Gewaltakten können wir nicht teilnehmen.

Die Rede Kjaſſanows.

Man verlangt von uns, daß wir unsere Genossen uaslieferen. Das tun wir nicht. Ich will euch von dieser

Dumatribüne in Erinnerung bringen, wie man von den Sozialisten-Revolutionären verlangt hat, auf den Terror zu verzichten. Sie erinnern sich Gen. Bulat, an sie hat man diese Forderung gestellt. Von euch — er wendet sich an die Bänke der Sozialdemokraten — verlangte man die Auslieferung der sozialdemokratischen Fraktion, als man in den Dumakuloiren von der Militärverschwörung raunte. Wiederholt in dieser Versammlung die Losungen eines Alexinski nicht.

Wir sehen die Gefahr, die Rußland droht. Wir wissen, wir haben von dem alten Regime ein verwüstetes und hungerndes Land geerbt, aber wir waren überzeugt, daß, wenn die Revolution die Befriedigung der Bedürfnisse der Bauern und Arbeiter auf ihren Banner schreiben wird, so wird es keine Macht geben, die sie zu fürchten hätte.

An das Präsidium sich wendend, spricht Riassanow weiter: Was habt ihr getan, um die Bedürfnisse der Arbeiter und Bauern zu befriedigen? Nichts! Wir haben der Provisorischen Regierung neue Vollmachten gegeben. Wo haben wir die Garantie, daß sie nicht neue Vollmachten wieder verlangen wird? Wer steht an der Spitze dieser Regierung? Joffe, der erklärt, er sei mit dem Agrarprogramm Tschernomys nicht einverstanden. Baltischynski, dessen Rücktritt der allrussische Kongreß der Delegiertenratte verlangt hat und der ein Ministerium leitet, das von dem gemäßigten Menschewik Tscherebanin ein Räuberneß genannt wurde und der aus diesem Räuberneß Ausfälle gegen die Arbeiterklasse inszeniert.

Was für Garantien der Gerechtigkeit haben wir, wenn in dem Justizministerium Leute sitzen, die die Akten einer Voruntersuchung einem Schufte ersten Ranges, dem Alexinski, herausgegeben haben? An der Spitze des Ministeriums des Innern steht jetzt Zeretelli. Er war früher Objekt des Ministeriums des Innern, jetzt ist er sein Subjekt. Hat denn Zeretelli Garantien, daß er das Räuberneß säubert wird? Solange sie uns keine Garantien geben können, solange liefern wir unsere Genossen diesen Nasgeiern zum Fraß nicht aus.

Die Bolschewiks können auf ihre Meinung und auf die Freiheit der Kritik nicht verzichten. Wir können uns nur Beschlüssen über konkrete Handlungen unterwerfen. Sich an das Präsidium wendend sagt Riassanow: Ihr wart zu neun hier, jetzt seid ihr zu acht: Kamjenesow sitzt im Gefängnis, obwohl ihm keine Anklage vorgelegt wurde, läßt man nicht einmal seine Frau zu ihm. Weswegen sagt uns das Präsidium darüber kein Wort? Weiter erzählt Riassanow, wie unter der Maske des Kampfes gegen die Konterrevolution die Lokale der Parteiorganisationen verwüstet wurden und wie die Behörden gewirtschaftet haben. Solange sie uns keine klaren und bestimmten Beweise geben, daß sie unter der Maske des Kampfes gegen die Konterrevolution nicht den Kampf gegen uns führen werden, solange verweigern wir unseren Anteil in der Besprechung von Fragen, die die Revolution anschnitten.

Riassanow endet unter starkem Beifall der Soldaten, die in Massen auf der Galerie versammelt sind.

Die Rede L. Martows.

Man schlägt uns ein Programm der Verteidigung nicht nur auf der äußeren, sondern auch auf der inneren Front vor. Was heißt das? Ich glaube, es ist klar,

daß, wie sich der verstorbene Fürst Miesscherski ausdrückte, hinter die Revolution ein Punkt gesetzt werden soll.

Es war kein Zufall, daß Kerenski hier von dem russischen Staate sprach. Ich muß ihn erinnern, daß wir Gott sei dank eine Republik haben. (Rufe: Wir wissen es selbst.) Sie wissen es, gut. Habt ihr aber bemerkt, wie selten in den letzten Tagen die rote Fahne gehißt wird, habt ihr bemerkt, daß die Soldaten die Marzillaise durch ihre Kriegslieder ersetzt haben? Ihr habt aus der Regierungsdeklaration erfahren, daß in Moskau ein Nationalkongreß einberufen werden soll. Dort wird unter anderem auch die Duma, die wir alle als begraben dünkten, anwesend sein. Ich sagte es schon voraus, daß die Toten noch einmal auferstehen werden. Jetzt ladet man euch zum Gastmahl zusammen mit Purischkewitsch ein, den man vier Monate lang dahinsetzte, wohin man jetzt die Bolschewiki setzt. Bei einer solchen Erniedrigung sind wir schon angelangt. Vielleicht werden die Herren Miljukow und Gutschkow nicht mit uns zusammen sein wollen, wenn wir uns nicht als ernüchtert erklären und zu diesem Zwecke schlägt man uns die innere Reinigung vor. Das tut die Regierung der Ordnung.

Diese Regierung kennt nicht den Kampf gegen die Konterrevolution, sie nennt nur den Kampf gegen die Anarchie. Ist denn die Zeit dazu schon reif? Ist es schon Zeit mit dem Programm des allrussischen Delegiertenkongresses aufzuräumen? Man beruft sich auf die Niederlage an der Front. Man beruft sich auf die französische Revolution. Aber die französische Revolution, als sie in derselben Lage war, wie wir, tat sie einen Sprung nicht nach rechts, sondern nach links, und sie sammelte die ganze Nation um das revolutionäre Zentrum und damit hat sie das Land gerettet.

Martow fordert auf, die Frage des Nationalkongresses in Moskau mit größter Aufmerksamkeit zu behandeln, schon aus dem Grunde, weil man in diesem Augenblick, wo Petrograd in zwei scharf feindliche Lager zerfallen ist, Petrograd nicht ohne Schutz lassen kann. Man kann nicht garantieren, daß in Abwesenheit der revolutionären Organe sich die Ereignisse vom 16. und 17. Juli nicht wiederholen werden. Die Minister erklären uns, sie wollen in Moskau die ganze Wahrheit sagen. Weswegen tun sie es nicht hier? Sie wollen die Wahrheit dort sagen, wo wir Sozialisten in Minderheit sein werden und die Mehrheit aus Elementen bestehen wird, die gegen das Volk sind. Am Kongreß sollte die Duma, wie alle bürgerlichen Institutionen sich beteiligen. Man soll uns das ganze Programm jetzt vorlegen, das in Moskau besprochen wird.

Wir haben der Regierung nicht dazu die Vollmacht gegeben, daß sie die Revolution liquidiert. Ein Zeichen der Zeit sehe ich in der Tatsache, daß gestern ein Freiwilliger, der wegen des Drucks einer Programmproklamation verhaftet wurde, von dem Generalstab befreit wurde. Nur die Genossen Soldaten, die auf der Wacht der Revolution stehen, haben ihn wieder verhaftet und in die Duma gebracht. Die Revolution ist noch nicht zu Ende. Die Reinigung der Nester der Konterrevolution ist noch nicht vorgenommen.

Der Eindruck dieser Reden war so groß, daß der Führer der Sozialpatrioten, Liber, darüber klagte, daß,

bevor noch die Vorfälle vom 16. und 17. Juli beendet seien, die revolutionären Sozialdemokraten schon zu einer neuen Offensive übergehen. Wenn trotzdem die Mameluken des Sozialpatriotismus die Resolution ihrer Führer angenommen haben, so werden sie bald erblicken, daß weder ihre wirklichen Kanonen, noch die Verleumdungskanonen die revolutionäre Arbeiterschaft niederzuwerfen imstande waren. Die Kundgebungen großer Arbeiterzentren zeigen, wie ungebeugt die Vorderreihen der Arbeiterschaft dastehen.

Zar Alexander Fedorowitsch Kerenski.

In Moskau, „wo man sich noch russisch ausweinen kann“ — wie es ein jüdisch-patriotischer Schmock in der „Ruskaja Wolja“ schrieb — begann der Nationale Kongreß seine Beratung, der Ersatz für die konstituierende Versammlung. Die russische Telegraphenagentur meldet der aufstrebenden Welt, was die Leiter der „revolutionären“ Regierung den versammelten Notablen des Reiches zu sagen haben über die Lage der Revolution und ihren Kampf gegen eine Welt von Feinden.

Wenn jemand versuchen sollte mit Gewalt gegen die Konferenz vorzugehen, so wird dieser Versuch mit Blut und Eisen unterdrückt, beginnt Kerenski seine Rede. Wer hat denn den Nationalkongreß mit Gewalt bedroht? Haben es die konterrevolutionären Elemente getan, die Gegner der russischen Revolution? Nein, sie jubeln der Konferenz zu, weil sie doch wissen, daß sie die Verschiebung der konstituierenden Versammlung bedeutet. Die Drohungen richten sich gegen die, deren Leichname die Brücke für die Kerenskis, Aoksjentens und andere Helden der Revolution zur Macht gebildet haben. Sie richtet sich gegen die Arbeiter von Moskau, die am Vortage der Konferenz in einen Massenstreik eintraten, um den Machthabern zu zeigen, daß das Proletariat wach, ihnen mißtraut, daß sie in Moskau nicht sicherer sind als in Petrograd, dem Sodom und Gomorrah Rußlands.

Und wie er angefangen hat, so redet der „Retter der Revolution“ ununterbrochen weiter. Die Geduld der Regierung habe ihre Grenzen, das war das Leitmotiv. Herr Kerenski drohte den Bolschewiks mit Gewalt, er drohte den Finländern mit Gewalt, er drohte den Produzenten seiner Phantastie mit Gewalt. Bei der Lektüre seiner Rede erinnert man sich an die Reden des zarischen Satrapen Stolypin. Aber wir wollen nicht ungerecht Stolypin gegenüber sein. Der Scherge des Zaren, der Henker der Revolution des Jahres 1905—1906 hatte neben dem Galgen noch ein positives Programm der konterrevolutionären Lösung der Fragen der russischen Revolution. Er hatte die berühmte Stolypinische Agrarreform, die das Bauerntum spalten wollte und die Regierung mit einer Garde zufriedener Bauernbourgeois umgeben wollte.

Was hat Herr Alexander Kerenski für ein Programm? Herr Kerenski hat in seiner Rede, soweit man nach dem Bericht der Petrograder Agentur beurteilen kann, zwar erklärt, daß die Zeit der Sicherung der Errungenschaften der Revolution gekommen sei, aber er hat mit keinem einzigen Worte gesagt, worin diese

Errungenschaften bestehen sollen, und wie sie gesichert werden sollen. Sein Programm war Gewalt und wiederum Gewalt.

Die „Nowoje Wremja“, das Organ der junkerlichen Reaktion, spricht von einem hysterischen Schrei Kerenskis. Dieser hysterische Schrei ist der Ausdruck des Ohnmachtsgefühls des kleinbürgerlichen Politikers, der sich fürchtet auf das Proletariat zu stützen, aber die Konterrevolution auch fürchtet, der nichts repräsentiert als die zeitweise Verfügung über die Staatsmacht. Daß das Gebaren des wilden Mannes selbst auf die Alliierten keinen Eindruck der zielbewußten Kraft machte, das beweisen die Äußerungen des Timeskorrespondenten über die Enttäuschung, die die Rede Kerenskis bereitet hat. Die Enttäuschten waren natürlich die Diplomaten der Entente, deren Stimmung der Timeskorrespondent wieder spiegelt.

Rußland steht mitten in einem furchtbaren Krieg. Als die Revolution gefiegt hatte, erwartete das ganze Volk, daß die revolutionäre Regierung einen Weg zum Frieden suchen werde. Die radikalen Sozialdemokraten sahen ihn in der rücksichtslosen antikapitalistischen Politik nach außen und innen, die die Arbeiterschaft zum Kampfe gegen den Imperialismus mitreißen mußte. Die Sozialpatrioten hielten diesen Weg für utopisch, sie wollten zum Frieden durch allmählichen gesteigerten Druck auf die Entente, gepaart mit internationaler Friedensarbeit und Wiederherstellung der Kampffähigkeit der russischen Armee gelangen. Wir wollen jetzt nicht unsererseits beweisen, daß dieser Weg praktisch vollkommen ungangbar ist. Aber es war wenigstens ein Programm.

Was will Herr Kerenski? Er wendet sich gegen den Separatfrieden und brüllt: Unsere Alliierten sie leben hoch, hoch, hoch! Das ist sein Programm der auswärtigen Politik. Ergänzt wurde es durch den Anspruch seines Generalissimus Korniloff, der bei der Ankunft nach Moskau seine Zufriedenheit ausdrückte, daß der Kongreß nicht unter der Losung der Internationale, sondern unter der Losung des Krieges bis zu Ende zusammentritt. Gewalt gegen die Massen, das ist die Losung der Regierung. Die zweite proklamierte Herr Nekrassow, der Finanzminister, als er erklärte, alle Gerüchte, daß die Regierung das Eigentum anzutasten gedenke, seien unrichtig. Schutz des Kapitals, das ist die zweite Losung.

Was für ein Wunder, daß die Herren Sozialpatrioten, die zuerst vor wenigen Monaten Kerenski aufs Schild gehoben haben, die erst vor ein paar Wochen ihm das Mandat zur Bildung der Regierung gegeben haben, jetzt demonstrativ nicht ihn, sondern den Bürger Tschcheidse mit den Rufen empfangen: es lebe der Führer der russischen Revolution!

Und wie sehr sie jetzt für die „Ruhe“ im Lande sind, bewies der Massenstreik in Moskau, der ganz gewiß, wenn nicht mit ihrer Hilfe, so ohne ihren Widerstand organisiert war. In Moskau, wo die Textilarbeiter, ein viel mehr als die Metallarbeiter mit dem Dorfe verbundenes Element überwiegen, sind die Sozialpatrioten stärker als in Petrograd und es ist sehr zweifelhaft, ob ohne ihr direkte oder indirekte Unterstützung, d. h. der Mehrheit der Moskauer Sowiet ein so allgemeiner Demonstrationsstreik in Moskau möglich wäre, wie er zur „Begrüßung des Nationalkongresses“ stattgefunden hat. Die Sozialpatrioten wollten nicht nur der Konterrevolution, die den Sowjets ein Re-

quiem in pace singt, sondern auch Herrn Kerenski die Faust zeigen.

Ohne Steuer, nur mit der Peitsche in der Hand steht der Diktator Rußlands vor der Welt. Er hat den Zaren Nikolaus nach Tobolsk transportieren lassen, aber er behütet treu und ehrlieh seine Regierungsmagimen. Aber die Zeit des Zarismus ist vorüber und die Zeit der bürgerlichen, siegreichen Konterrevolution ist noch nicht angebrochen. Die Massen sind in Fluß und solange der Krieg mit seinen Folgen nicht vorüber ist, lassen sie sich nicht zur Ruhe bringen. Die Revolution steht noch bevor und Herr Kerenski, der den Massen kein Brot, keine Freiheit, keinen Frieden, nur Blei entgegenhält, er wird verschwinden, schneller, als er gekommen ist. In der Geschichte wird seiner und seines Regimes als einer Episode gedacht werden, wo das Kleinbürgertum mit der Bourgeoisie noch nicht gebrochen hat, und darum an seiner Spitze Intellektuelle duldet, die steril, wie jede von den Volksmassen getrennte intellektuelle Schicht ohne irgend ein Programm, ohne irgend ein konkretes Ziel um sich herumzuschlagen und den Aft abjäten, auf dem sie saßen.

Die Drohungen der Regierung Kerenskis sind nicht schrecklich und sie schrecken auch niemanden. Hat doch Gutschkow, der kein Phrasenredner, sondern ein Organisator der Konterrevolution ist, Herrn Kerenski beiseite, daß seine Regierung die Personifizierung der Ohnmacht ist. Und der Nationalkongress, der den Volksmassen die Appetite der Konterrevolution, ihre ganze Speisekarte vor-demonstrieren wird, ist ganz gewiß nicht geeignet, diese Ohnmacht in eine Macht zu verwandeln.

Die Stimme der Putilowarbeiter.

Die Vertreter der 40 000 Arbeiter der Putilowwerke, veröffentlichen folgenden Aufruf:

Bürger! Wie eine tausendjährige Eiche in der Mitte des Waldes, so stehen in der Reihe der russischen Staatsunternehmungen die dröhnenden, hämmernenden, erderschütternden Putilowwerke. Von allen Enden der russischen Erde fließen hier Arbeiter zusammen, arbeiten und denken sich dabei ihre Gedanken. Unter dem Pfeifen der Säge, unter dem Heulen der Maschinen, beim drückenden Anblick der Lafetten und Kanonen drängen sich ihnen düstere Gedanken in den Kopf. In der Arbeit, die wie Zucht hausarbeit ist, starben Mütter und Väter, die uns geboren haben, sterben wir. Lichtlos und fern von der beneideten Freude, der Zufriedenheit, der Kultur, die nur der kleinen, reichen, gebildeten Minderheit frommt, die in einigen Schritten von uns, nur durch das Ueberbleibsel des Mittelalters, durch das Naroskitor getrennt ist, leben wir.

Was ist Gerechtigkeit? Wo die Resultate der Blut- und Lebensopfer unserer in der Revolution gefallenen Brüder?

Bürger! Die Putilowarbeiter haben nicht zum ersten mal ihr Blut für die Interessen der Arbeiterklasse verspritzt. Erinnert euch des 22. Januar und haltet die Beschuldigungen zurück, die jetzt auf den Straßen gegen uns geschleudert werden. In den Tagen des 16. und 17. Juli sind wir, treue Söhne der Revolution, reinen Herzens auf die Straßen gegangen, nicht gegen die Arbeiter- und Soldatenräte, sondern um sie stützen. Des-

wegen stand auf unseren Fahnen: die ganze Macht den Sowjets! Wenn wir auf die Straße gehen, so schießt man uns nieder. Deswegen haben einige unter uns zum Schutz Waffen mitgenommen. Am 22. Januar schossen die treuen Anhänger des Hauses Romanoff. Jetzt ist es festgestellt, daß die ersten Schüsse von Provokateuren abgefeuert wurden, den Feinden der russischen Revolution, den Feinden der Arbeiter.

Bürger! Das neue Leben kann nicht warten. Aber zu unserem Unglück sind wir allein. Wir haben nicht genug organisierte Kräfte. Die aufgeklärten Arbeiter sind zu sehr zerstreut, oft widmen sie ihr Leben nicht den Interessen der gesamten Arbeiterklasse, sondern den einzelnen Sekten und Fraktionen, die uns schädlich sind. Wir sind uns selbst überlassen. Der Delegiertenrat entfernt sich immer mehr von uns. Er fängt an, anscheinend ohne Hilfe der Arbeiter zu funktionieren, durch seine Zusammensetzung isoliert er sich immer mehr von uns und vertieft sich lediglich in administrative, kleine Arbeit. Und die provisorische Regierung versteinert vollkommen in bürokratisch toten Formen.

So sahen wir die ökonomische und politische Lage am Vorabend des 16. und 17. Juli. Bürger! Seht euch mit Zutrauen die schwarzen, von der Erde sich erhebenden, rauchenden Fabrikschornsteine an. Zu ihren Füßen quälen sich Menschen ab und roboten, um für euch neue Güter zu schaffen, Menschen, wir ihr, eingefangen in dem unentrinnbaren Fangnetz der vollkommendsten, und entsetzlichen Ausbeutung. Nur langsam reißt dort das Klassenbewußtsein, sammelt sich in den Herzen der Haß und mit Liebe werden auf dem blutigen Banner die Losungen eines neuen Lebens für die ganze Menschheit geschrieben. Nieder mit dem brudermörderlichen Kampfe, alle Bürger unter die Banner des Komitees der Rettung der Revolution, dieser letzten Anspannung der Revolutionskräfte!

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen am 24. Juli auf der großen, allgemeinen Versammlung der Putilowwerke.

Der Vorsitzende: I. Mudroff.
Der Sekretär: I. Smyrnoff.

An unsere werten Abonnenten!

Mit dem 1. Oktober 1917 sehen wir uns leider genötigt den Abonnementsbetrag auf die „Arbeiterpolitik“ zu erhöhen. Der Einkaufspreis des Papiers ist im letzten halben Jahre derart in die Höhe gegangen, daß wir, um überhaupt existenzfähig zu sein, ohne eine Erhöhung des Bezugsbetrages nicht auskommen können, zumal auch die Preise für alle anderen Sachen bedeutend gestiegen sind. Der Bezugspreis beträgt ab 1. Oktober bei der Post bestellt für 1 Monat 84 Pfg., für 2 Monate 1.68 Mk., für 3 Monate 2.50 Mk. ohne Bestellgeld, die Einzelnummer 20 Pfg.

Wir dürfen wohl mit Recht die Hoffnung aussprechen, daß unsere Abonnenten, trotz der Erhöhung des Abonnementsbetrages, auch weiterhin ihrem Organ treu bleiben werden. Wir werden wie bisher auch in Zukunft bemüht sein, soweit es in unseren Kräften liegt, die Forderungen gerecht zu werden, die von einem Organ der linksradikalen Richtung verlangt werden kann.

Redaktion und Verlag der „Arbeiterpolitik“.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik

2. Jahrg.

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 39

Erscheint wöchentlich einmal.
Redaktion u. Expedition:
: Nummernstraße Nr. 23. :

Bremen, den 29. September 1917

Einzelnummer 15 Pfg. Durch
die Post bez.: monatlich 84 Pfg.,
vierteljährlich 2.50 M. o. Bestellgeld

Inhalt:

Nach sechs Monaten. Von K. Radek (Schluß folgt)	Seite 295
Parlamentarisierungs- und andere Satyr- spiele	297
Stockholm	298
Zur Steuerfrage (Schluß folgt)	299
Aus unserm politischen Tagebuch	300

Nach sechs Monaten.

Von Karl Radek.

Ein halbes Jahr der russischen Revolution ist vorüber. Ihre Bilanz wurde von allen Schichten und Klassen Rußlands aus Anlaß des Moskauer „Nationalkongresses“ aufgestellt. Die Berichte der Vertreter der provisorischen Regierung sprachen eine Sprache, deren Offenheit alles übertrifft, was jemals seitens einer Regierung gesagt worden ist.

Wenn wir als Resultat der ersten sechs Monate der Revolution feststellen, daß sie auf keinem Gebiete eine Besserung auch nur angebahnt hat, so sind wir sicher, auf keinen Widerspruch zu stoßen. Weder von rechts noch von links. Im Dorfe Kampf aller gegen alle. Der arme Bauer gegen den Junker und den reichen Dorfwohner. Alle zusammen gegen die Stadt, die ihnen die Produkte ihrer Arbeit wegnehmen will, aber als Entgelt Papierscheine gibt, für die man nichts kaufen kann. Gegen die Anarchie im Dorfe kämpft die Regierung an, ohne den Bauern irgend welchen organischen Weg der Erledigung der Agrarfrage zu weisen. In der Fabrik kämpft der Arbeiter nicht nur um Erhöhung des Lohnes, Kürzung der Arbeitszeit, sondern sogar um die Fortführung der Produktion, die durch den Mangel an Rohstoffen und durch konterrevolutionär-desorganisatorische Absichten der Kapitalisten bedroht ist.

Aber was der Arbeiter heute an Besserung der Lebenslage erlangt, das verliert er morgen, dank der wachsenden Teuerung, die durch die progressive Mindereung der Produktion verursacht wird. Das Transportwesen verfällt immer mehr, dank dem immer größeren Ausfall an Lokomotiven und dem fehlenden Ersatz. Die Finanzen nähern sich Schritt für Schritt dem Bankrott und die Regierung versucht nicht einmal die Besitzenden heranzuziehen. Die Besteuerung der Bourgeoisie und der Junker in England ist verglichen mit dem Steuerwesen des revolutionären Rußland eine jakobinische. Die kon-

stituierende Versammlung, die einen Ausweg aus dieser Sackgasse suchen müßte, ist vertagt.

Die seit einem halben Jahre provisorische Regierung scheint das Provisorium als Staatsmaxime anzusehen. Ihr Bemühen bis zur konstituierenden Versammlung alles beim alten zu lassen, angeblich um das Recht des Volkes nicht anzutasten, durch demokratisch gewählte Organe sein Schicksal einzurichten, ist ein verfehltes Unternehmen. Nicht Stillstand, sondern fortschreitende Zerfegung ist das Signum der inneren Lage in Rußland. Auch nach außen hin gibt es keinen Stillstand. Die deutschen Heere gehen immer weiter ins Land, und der französisch-englisch-amerikanische Imperialismus zieht immer weiter die Schlinge am Halse Rußlands zusammen. Die russische revolutionäre Regierung war nicht nur nicht imstande den Entente-Imperialismus zu nötigen seine Kriegsziele, gemäß der von ihr proklamierten antiimperialistischen Losungen, zu ändern und so den Tag des Friedens zu beschleunigen, sondern umgekehrt wurde sie ein Spielball in seinen Händen und muß helfen, den selbstgewählten Weg, den Weg der Stockholmer Verständigung zu versammeln.

Wenn sich in Moskau die Vertreter der Bourgeoisie und der Sozialpatrioten zu Ehren der Entente erhoben und ihr in stürmischen Rufsen huldigten, so war das ein: Ave Caesar morituri te salutant!

Die arbeitenden Massen, die unter dieser Zerfegung am meisten leiden, können ihr nicht ruhig zusehen. Jede Woche der Fäulnis steigert ihre Leiden, drängt sie zum Kampfe gegen die provisorische Regierung. Im März waren sie einverstanden mit der Bildung der Regierung aus den Vertretern der Bourgeoisie. Im Mai jagten sie den offensten Vertreter des Imperialismus, Milsukoff, aus der Regierung. Im Juli gingen die Proletarier und Soldaten Petrograds auf die Straßen: Nieder mit der kapitalistischen Regierung, die ganze Macht in die Hände der Sowjets, d. h. der Proletarier und Kleinbürger. Weit und breit im Lande fand ihr in Blut erstickter Ruf Zustimmung der hungernden Massen. Im Heere führte die Friedenssehnsucht zum panikartigen Rückzug. Die massenhaft durchgeführte Todesstrafe hat nach dem Eingeständnis des Generalissimus Korniloff den Prozeß des Zerfalls nicht aufgehalten. Und der General Tschermisoff erklärt: Keine Repressalien sind fähig die Kampfeskraft und den Kampfeswillen der Armee wieder herzustellen, nur das Bewußtsein des Wertes des Kriegszieles, der Notwendigkeit des weiteren Kampfes kann Abhilfe leisten, darum